

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

geht es nach dem Willen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, sollen Sparer auf ihre Kapitalerträge – also auf Zinsen und Dividenden – auch Sozialabgaben zahlen. Das lehnen wir klar ab – und haben dazu diese Woche einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht. Darin fordern wir die künftige Bundesregierung auf, für attraktivere Rahmenbedingungen zugunsten von Sparern und Anlegern einzutreten. Konkret erwarten wir, dass zusätzliche Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden – gerade auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Sozialabgaben auf Kapitalerträge bremsen die Motivation der Menschen für ihre private Altersvorsorge geradezu aus. Das gilt es zu verhindern. Stattdessen wollen wir die Chancen der Finanzmärkte in die Breite der Gesellschaft tragen. Insbesondere der langfristige Vermögensaufbau am Kapitalmarkt mit Aktien, Fonds oder ETFs ist ein wichtiger Baustein der privaten Altersvorsorge, der auch mit kleinen Beträgen aufgebaut werden kann.

Aktien sind ideal, um möglichst viele Menschen an Unternehmenserfolgen zu beteiligen. Auch Anlagemöglichkeiten in staatliche Fonds, höhere Freibeträge und begleitetes Investieren für Jugendliche könnten Möglichkeiten sein, um mehr Menschen an Unternehmenserfolgen teilhaben zu lassen. Als weitere Anreize zum Vermögensaufbau schlagen wir die steuerfreie Veräußerung langfristig gehaltener Aktien im Privatvermögen oder eine Steuerfreistellung von Erträgen aus Einmalzahlungen langfristig laufender Kapitallebensversicherungen vor.

Es stimmt zweifellos, dass die deutschen sozialen Sicherungssysteme an ihre finanziellen Grenzen geraten sind und reformiert werden müssen. Doch zusätzliche Sozialabgaben sind der falsche Weg. Stattdessen brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die Leistung belohnt und Investitionen fördert.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihre Anna Stolz



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 3:

BRENNER: REGIONALE BELANGE MAXIMAL BERÜCKSICHTIGEN

SEITE 5:

KINDER- UND JUGENDÄRZTLICHE VERSORGUNG STÄRKEN

SEITE 6:

ANPASSUNG DES BAYERISCHEN KLIMAZIELS IST RICHTIG

SEITE 9:

FRAKTION IST JETZT AUCH AUF BLUESKY

RÜCKBLICK

Unser Dringlichkeitsantrag: Bund muss sich an finanzieller Unterstützung der Kommunen stärker beteiligen

Leistungsfähige, finanzstarke Kommunen bilden die Grundvoraussetzung für eine funktionsfähige Staatsordnung und unsere Demokratie. Um zusätzliche Belastungen durch übertragene Aufgaben auf die Kommunen zu verhindern, haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag gefordert, dass ihre finanzielle Handlungsfähigkeit von Seiten des Bundes angemessen und nachhaltig unterstützt wird – vor allem mit Blick auf die bislang ständig zunehmenden Bundesvorgaben, wie höhere Standards und neue Rechtsansprüche.



Fakt ist: Bayerns Kommunen sind momentan einer massiven Krise der Kommunalfinanzen ausgesetzt. Trotz des Durchgriffverbots führt eine Übertragung zahlreicher Aufgaben durch den Bund zu einer Überlastung der Kommunen. Daher wollen wir unsere Bemühungen für eine auskömmliche finanzielle Beteiligung durch den Bund weiter fortführen – insbesondere dann, wenn Bundesgesetze zu finanziellen Belastungen der

Kommunen führen. Auf diese Weise sollen stabile Kommunalfinanzen sowie die Funktionsfähigkeit der Kommunen erhalten werden.

Gerade im Sozialbereich führen Bundesgesetze de facto zu einer immer weiter zunehmenden Aufgabenbelastung für die Kommunen gepaart mit einer finanziellen Überlastung. Dazu gehören beispielsweise Aufgaben und Kosten, die sich durch das Bundesteilhabegesetz, die Eingliederungshilfe oder die Kinder- und Jugendhilfe ergeben. So kann es nach unserer Ansicht nicht weitergehen. Mehr [HIER](#).

Brenner-Nordzulauf: Regionale Belange in Trassenplanung maximal berücksichtigen

Der Brenner-Nordzulauf soll den künftigen Brenner-Basistunnel mit dem bestehenden Schienennetz auf deutscher Seite verbinden. Mit einem Antrag fordern wir, dass der Flächenverbrauch möglichst gering gehalten und die Belange der Anrainer nicht vernachlässigt werden. Für uns steht fest, dass Bund und DB InfraGO AG den regionalen Belangen und Forderungen der kommunalen Gremien vor Ort bei ihren Planungen Rechnung zu tragen haben.

Denn die berechtigten Anliegen der Region sind in den bisherigen Planungen der Deutschen Bahn nicht ausreichend berücksichtigt. Solange aber nicht glasklar nachgewiesen ist, dass tatsächlich Bedarf für eine Neubaustrecke besteht und deren Nutzen die Kosten übersteigt, stößt das Projekt zu Recht auf Vorbehalte. Dass der Südzufluss zum Brennerbasistunnel auf absehbare Zeit noch zweigleisige Abschnitte haben wird, bestärkt die Skeptiker.



Unser Antrag ist also ein klarer Handlungsauftrag an die künftigen Entscheidungsträger in Berlin. In die Bedarfsprüfung ist auch einzubeziehen, dass die Ausrüstung der Bestandsstrecke mit digitaler ETCS-Steuerung deren Kapazität noch einmal erhöht. Außerdem kann die Strecke durch den Ausbau der Strecke München-Mühldorf-Freilassing (ABS 38) entlastet werden.

Wichtig ist uns auch, die Menschen vor Ort für das Vorhaben zu gewinnen. Deshalb fordern wir für den Fall eines Beschlusses für die Neubaustrecke ein verbessertes Angebot im Nahverkehr – konkret die Prüfung eines Halbstundentaktes auf den Strecken München-Kufstein und München-Salzburg. Das käme vielen Berufspendlern, Schülern, Auszubildenden und Studierenden zugute. Die bereits stark durch Verkehrs- und Energieinfrastruktur beanspruchte Region muss von dem Vorhaben profitieren. Mehr [HIER](#).

Anträge: Fraktion setzt sich für Bürokratieabbau in der Landwirtschaft ein und will Stechmückenplage am Chiemsee bekämpfen

Diese Woche wurden im Umweltausschuss drei Anträge unserer Fraktion behandelt. In einem Antrag setzen wir für die Belange der Landwirte ein: Konkret möchten wir allen Landwirten das Walzen ihrer Wiesen – sofern es keine Wiesenbrütergebiete sind – ohne starre Fristen und Bürokratieaufwand ermöglichen. Seit dem Inkrafttreten des Volksbegehrens „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern“ ist es für Landwirte nämlich nur mit Ausnahmeregelungen von Seiten der Bezirksregierungen möglich gewesen, nach dem 15. März ihre Wiesen zu walzen. Ist das Walzen vor dem Termin wegen Wetter- oder Bodenverhältnissen aber nicht möglich, müssen aufwändig Ausnahmen eingeholt werden. Ziel des Antrags ist, die Landwirte von unnötiger Bürokratie zu entlasten und ihnen mehr Zeit und Kraft für ihre eigentliche Aufgabe zu geben: die Sicherstellung der Ernährung für die Bevölkerung und die Produktion hochwertiger Lebensmittel.

In einem weiteren Antrag fordern wir, die durch das Volksbegehren entstandenen Auflagen zu evaluieren. In dem Zuge muss neben dem Walzverbot auf Grünland auch das Verfüllen von Bodensenken im Außenbereich, das Verbot von flächenhaftem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf Grünland und das Verbot der Mahd von außen nach innen auf den Prüfstand.

Ein weiterer Antrag befasst sich mit der Stechmückenplage am Chiemsee. Unser Ziel: die Bekämpfung der Stechmückenplage an aktuelle Erfordernisse anpassen. Denn zunehmende Starkregenereignisse und steigende Temperaturen werden immer häufiger zu Situationen führen, in denen Stechmücken ideale Brutbedingungen auf zeitweise überfluteten Flächen vorfinden. Deshalb fordern wir eine Abkehr von der bisherigen Vorgehensweise der Mückenbekämpfung mit dem Eiweißmittel *Bacillus thuringiensis israelensis* (Bti). Bisher ist Voraussetzung für den Einsatz des Mittels ein Pegel von mindestens 116 cm am Alzauslauf bei Seebruck sowie der Nachweis von mehr als 50 Stechmückenlarven in einem Liter Wasser. Bei lokalem Starkregen wie im Jahr 2024 in weiten Teilen Bayerns wird der Pegel jedoch kaum angehoben – deshalb brauchen wir neue Strategien zur Bekämpfung der Mücken, die mit den Beteiligten vor Ort abgestimmt werden müssen.

Mehr [HIER](#).

KURZNEWS

Fraktion begrüßt Verlängerung der Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinie

Vor einigen Tagen hat das Innenministerium bekanntgegeben, dass die Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinie inhaltlich überarbeitet und um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2027 verlängert wurde. Das begrüßen wir sehr. Denn zahlreiche Verbesserungen werden dafür sorgen, dass die bayerischen Feuerwehren unsere Bürgerinnen und Bürger bei Schadensereignissen auch in Zukunft bestmöglich schützen können. Zu den neuen Fördertatbeständen zählen etwa Förderungen für Generalsanierungen von Feuerwehrhäusern zu den gleichen Festbeträgen wie für einen Neubau. Zusätzlich gibt es eine Förderung für geschlechtergetrennte Sanitärräume.

Außerdem werden die Förderfestbeträge für vier Standardfahrzeugtypen sowie für Spezialfahrzeuge im Einsatz an Autobahnabschnitten oder mehrspurigen Schnellstraßen für besonders belastete Feuerwehren um je 25 Prozent erhöht. Zudem ist künftig auch eine Förderung von 250.000 Euro für die Errichtung von Übungshäusern möglich. Mehr [HIER](#).

Kinder- und jugendärztliche Versorgung stärken!

Kinder- und Jugendärzte übernehmen in der medizinischen Versorgung eine wichtige Aufgabe – dafür werden sie durch den Freistaat Bayern seit Jahren mit einer Niederlassungsprämie unterstützt. Es bedarf jedoch weiterer Maßnahmen. Mit einem Antrag haben wir uns diese Woche unter anderem für einen Lehrstuhl für ambulante Pädiatrie eingesetzt – hierzu würde sich der neue Medizincampus in Augsburg anbieten.

Zudem haben wir den Bund aufgefordert, der Überlastung von Kinder- und Jugendärzten ein Ende zu setzen. Denn seit mehreren Jahren wird sowohl in Deutschland als auch in den Nachbarländern ein erheblicher Mangel an Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin beklagt. Viele Praxen sind überlastet und können keine weiteren Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion haben in der Vergangenheit bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dazu zählt beispielsweise die Ausweitung der erfolgreichen Landarztquote auf Kinder- und Jugendärzte. Nun gilt es, dass auf Bundesebene weitere Maßnahmen folgen. Mehr [HIER](#).

Fraktion will Vor-Ort-Apotheken schützen

Wir wollen die qualitativ hochwertige, wohnortnahe Arzneimittelversorgung durch unsere bayerischen Apotheken in der Fläche erhalten. Um diese Qualität auf Dauer sicherstellen zu können, halten wir ein generelles Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel für das wirksamste Mittel. Auf Bundesebene muss das aktuell diskutierte Apothekenreformgesetz entsprechend angepasst werden. Wir fordern die Bundesregierung zudem dazu auf, die Apothekenreform umgehend nach den Hinweisen der Fachleute vor Ort durchzuführen, da eine weitere Verzögerung die Ausdünnung der Apothekenlandschaft forciert und damit die Patientenversorgung gefährdet.

Eines muss klar sein: Ein Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte aus den Vor-Ort-Apotheken wird in der Konsequenz zu einem Apothekensterben in der Fläche führen. Das möchten wir unbedingt verhindern. Besonders auf dem Land werden sonst große Teile der Bevölkerung von einer wichtigen Möglichkeit der sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, den Apotheken auch in Zukunft über eine einheitliche Preisgestaltung eine auskömmliche Finanzierung zu sichern. In diesem Rahmen müssen auch Botendienste endlich kostendeckend finanziert werden. Mehr [HIER](#).

Anpassung des bayerischen Klimaziels ist richtig

Es ist richtig, dass die Bayerische Staatsregierung unser Landes-Klimaziel nachjustieren will. Klimaschutz ist eng mit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Freistaat verknüpft. Bayern tut gut daran, sich in der Klimapolitik noch mehr im Gleichschritt mit Bund und EU zu bewegen. Wenn Klimaschutz zum Verlust von Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen führt, ist das schlecht für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichwohl setzen wir die Klimaschutzmaßnahmen engagiert fort.

Allen voran bauen wir die Erneuerbaren Energien weiterhin kraftvoll aus. Bei Wasserkraft und Photovoltaik ist Bayern längst führend. Bis 2030 wollen wir 1.000 Windräder auf den Weg bringen. Für die Akzeptanz vor Ort schreiben wir eine finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen bei Wind- und PV-Anlagen gesetzlich fest. Riesiges Potenzial für klimaneutrale Stromerzeugung liegt in der Bioenergie. Allerdings droht hier wegen der Untätigkeit des Bundes eine Stilllegungswelle. Außerdem müssen wir bei PV-Freiflächenanlagen differenzieren, wohin sie passen, und auch der Netzausbau muss mitkommen – ansonsten ergibt es keinen Sinn. Mehr [HIER](#).

Fraktion bestürzt über Gewalttat in Aschaffenburg

Mit großer Betroffenheit haben wir die Nachricht von der Gewalttat im Aschaffener Schöntalpark vernommen. Zwei Menschen – darunter ein kleines Kind – sind von dem inzwischen festgenommenen Gewalttäter getötet worden, zwei



weitere wurden schwer verletzt. Wir sprechen den Angehörigen der Toten und Verletzten unsere tief empfundene Anteilnahme aus. Zugleich danken wir der Bayerischen Polizei für die sehr schnelle Festnahme des Täters. Nun gilt es, die Hintergründe der Tat so rasch wie möglich aufzuklären. Was an einem von der Polizei als „gefährlicher Ort“ eingestuften Areal mitten in Aschaffenburg geschehen ist, zeigt auf tragische Weise, wie stark die Messerkriminalität in Deutschland binnen weniger Jahre angestiegen ist. Es

unterstreicht zugleich, wie wichtig der Beschluss der Staatsregierung vom September vergangenen Jahres war, eine gesetzliche Grundlage für schnellere Ausweisungen flexibler Waffen- und Messerverbotzonen in Bayern zu schaffen. Wir benötigen in Zukunft noch mehr solcher Verbotszonen, um dieses Kriminalitätsgeschehen in Kombination mit gezielten Kontrollen der Polizei in den Griff zu bekommen. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-
BEITRÄGE – DANKE
FÜR'S TEILEN!

#Reel: Unterschriftenübergabe im Landtag

22.000 Unterschriften wurden am Rande des Plenums im Landtag von unserem Vorsitzenden Florian Streibl entgegengenommen. Ziel der Aktion: bayerische Dialekte besser schützen. Mit dabei war auch unser Abgeordneter Josef Lausch, der im Reel erklärt, was es mit der Unterschriftenaktion auf sich hat. Mehr [HIER](#).





#Reel: Abgaben auf Kapitalerträge?

Geht es nach Bundeswirtschaftsminister Habeck, sollen Sparer auf ihre Kapitalerträge – also auf Zinsen und Dividenden – auch Sozialabgaben zahlen.

Das lehnen wir klar ab – und haben dazu einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht. Unser finanzpolitischer Sprecher Stefan Frühbeißer erklärt im Reel, was wir an Habecks Forderung kritisieren.

Mehr [HIER](#).

#StreiblsStandpunkt: Trump – und jetzt?

Zum zweiten Mal ist Donald Trump als Präsident der USA vereidigt worden. Was er außenpolitisch vorhat, hat er bislang nur angedeutet. Fest steht aber schon jetzt: Was auch immer Trump tun sollte, wird auch Einfluss auf Deutschland haben.

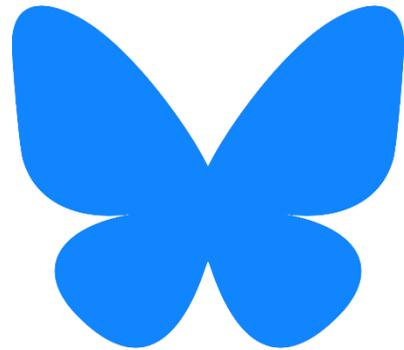
Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hat im neuen #StreiblsStandpunkt schon mal erste Schlüsse gezogen.

Mehr [HIER](#).



Statt X: Fraktion ist jetzt bei Bluesky

Als Elon Musk, der Eigentümer von X, kurz vor Weihnachten einen Wahlauf Ruf für die AfD via X veröffentlichte, war für uns klar: Stoßrichtung und inhaltliche Entwicklung der Social Media-Plattform sind mit den Werten und Überzeugungen unserer Fraktion nicht länger vereinbar. Deshalb haben wir noch am gleichen Tag öffentlich all unsere Aktivitäten auf X für beendet erklärt. Mittlerweile haben wir im Social Media-Kosmos eine neue Heimat gefunden, die wir nun rasch mit Leben füllen wollen: Die Fraktion ist auf der Social Media-Plattform Bluesky mit einem eigenen Account vertreten und postet seit dieser Woche fleißig über aktuelle Anträge und Initiativen. [HIER](#) geht's zum Account.



Folgen Sie der Freie Wähler Landtagsfraktion:

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

 <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wenn ihr weiterhin auf dem neusten Stand sein möchtet, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:

 **Anna Stolz (@anna.stolz.mdl)**

Wenn ihr wollt, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook - Account:

 **Anna Stolz | Facebook**

Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner Homepage

www.mdl-annastolz.de

Ich wünsche Ihnen ein schöne Woche!

Ihre Heimateabgeordnete und Kultusministerin Anna Stolz

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz

Alte Bahnhofstraße 4

97753 Karlstadt

E – Mail: buero@mdl-annastolz.de

Homepage: www.mdl-annastolz.de
